

Stephan Libiszewski

Die Rolle des Wassers für den Frieden in Nahost

Stephan Libiszewski ist Diplom-Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich. Im Rahmen des «Environment and Conflicts Project» hat er jüngst eine umfangreiche Studie zur Thematik veröffentlicht.

Der Nahe Osten gehört zu den wasserärmsten Regionen der Welt. Mit 370 respektive 220 Kubikmeter Wasser pro Kopf und Jahr liegen sowohl Israel als auch Jordanien weit unter jener Menge von 1000 Kubikmeter, die von Hydrologen als volkswirtschaftlicher Mindestbedarf betrachtet wird. Die Palästinenser im Westjordanland und Gasastreifen verfügen gar nur über 100 Kubikmeter pro Kopf (ca. 300 Liter pro Tag) für sämtliche Nutzungsarten. Ein durchschnittlicher Mitteleuropäer verbraucht diese Wassermenge für seine rein persönlichen Zwecke im Haushalt. Dabei ist zu bedenken, dass der grösste Teil des Wassers wirtschaftlich genutzt wird. Das Wachstum eines Kilos Tomaten in einer ariden Umgebung bedarf z.B. 120 Liter Wasser für die Bewässerung. Bei einem Kilo Orangen sind es gar 450 Liter. Kaum weniger wasserintensiv sind Industriegüter: Die Produktion eines Kilo Papier verbraucht 100 Liter Wasser, die Herstellung einer Tonne Zement 4500 und einer Tonne Stahl ebenfalls über 4000 Liter. Dabei muss weiter bedacht werden, dass die verfügbare Wassermenge pro Kopf im Nahen Osten durch das Bevölkerungswachstum von durchschnittlich ca. 3% jedes Jahr geringer wird.

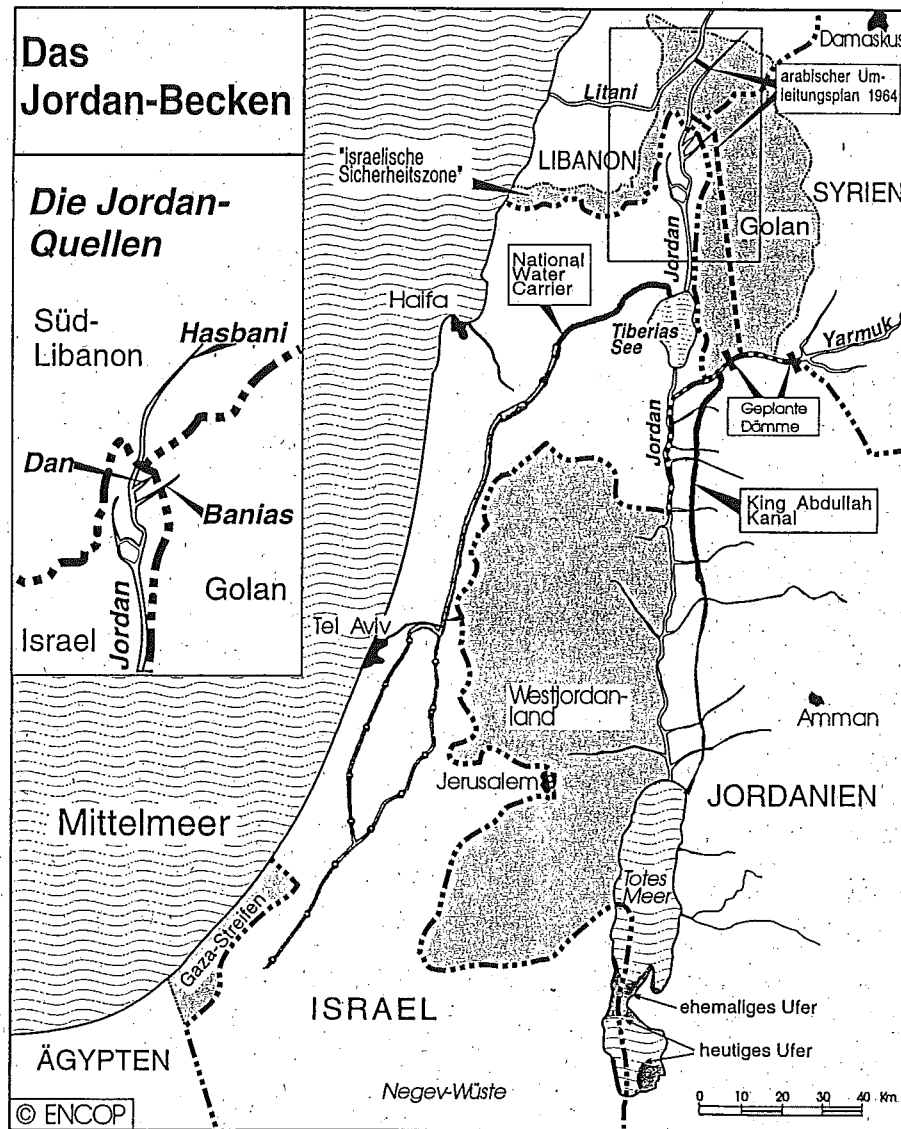
Die Konflikte im Nahen Osten sind bekannt wegen ihrer tiefen historischen Wurzeln und der politischen Interessendifferenzen, die einer Lösung immer noch entgegenstehen. In der Medienberichterstattung über den gegenwärtigen Arabisch-Israelischen Friedensprozess stehen denn auch der Streit um den zukünftigen Status der besetzten Gebiete, die Jerusalem-, Siedler- und Flüchtlingsfrage, sowie die territorialen und sicher-

heitsstrategischen Differenzen zwischen Israel und Syrien im Mittelpunkt der Diskussion. Der folgende Beitrag will die dominante Stellung, die diesen politischen Streitpunkten zukommt, nicht in Frage stellen. Das Problem der Verteilung von regionalen Wasserressourcen bildet lediglich eine zusätzliche Dimension - eine Dimension aber, die bisher in der Diskussion zu wenig betrachtet wurde und deren Bedeutung zunimmt.

Der Arabisch-Israelische Streit um das Jordan-Wasser

Der Jordan ist für europäische Verhältnisse ein winziger Fluss. Nur wenige Meter breit, führt er weit weniger Wasser als die Zürcher Limmat. Trotzdem bildet er das wichtigste Wasservorkommen einer Region, die mehr als 10 Millionen Einwohner hat. Anlass zu Konflikten gibt die Tatsache, dass er geopolitisch zudem ein äusserst komplexes Gebilde ist. Seine Quellen liegen auf dem Gebiet von drei unterschiedlichen Staaten, nämlich im Südbanon, in Israel und auf den vormals syrischen und heute israelisch besetzten Golan-Höhen (siehe Karte). Nachdem der Hauptstrom das nördliche Israel durchfliesst, berührt der Untere Jordan ferner Jordanien und die West Bank. Nicht minder kompliziert ist die Lage am Yarmuk, dem wichtigsten Zufluss des Jordans. Der Yarmuk entspringt in Syrien, bildet dann die syrisch-jordanische Grenze und berührt, kurz bevor er den Jordan erreicht, israelisches Staatsgebiet.

Schon in den 50er und 60er Jahren stand das Wasser im Zentrum des Arabisch-Israelischen Konfliktes. Insbesondere Israel und Jordanien kon-



kurrierten mit entgegengesetzten Projekten um den grösseren Wasseranteil. Israel baute eine nationale Wasserleitung vom Tiberias-See über die Küstenebene in die Negëv-Wüste. Diese leitet praktisch das gesamte Wasser des Oberen Jordans nach Süden um. Jordanien seinerseits baute den King Abdullah Kanal (früher East Ghor Kanal) am Yarmuk, mit dem es die Felder auf den Terrassen im östlichen Jordan-Tal bewässert. In den Jahren 1964-67 trug ein arabisches Projekt, das wiederum eine Umleitung der Jordan-Quellen im Norden vorsah, in entscheidendem Masse zu den Spannungen und zur Eskalation bei, die 1967 in den Sechs-Tage-Krieg mündete.

Durch den Sechs-Tage-Krieg änderte sich die wasserpolitische Situation im Jordan-Becken erheblich. Durch die Eroberung der Golan-Höhen erlangte Israel die strategische Kontrolle über sämtliche Jordanquellen. Israel kontrolliert nun ebenfalls einen grösseren Teil des Nordufers des Yarmuks, einschliesslich der Einlaufstelle des King Abdullah Kanals. Israel hat jahrzehntlang Jordanien daran gehindert, an dieser Stelle einen Damm zu bauen, mit dem die Wasserumleitungen in den Kanal hätten optimiert werden sollen. Seinerseits begann Israel Mitte der 70er Jahren damit, Wasser aus dem Yarmuk in den Tiberias-See zu pumpen. Syrien baute nach dem Sechs-Tage-Krieg ebenfalls Dämme an den Quellflüssen des Yarmuks; mit denen es immer grössere Wassermengen abzweigt. Die Verlierer in dieser anarchischen Wasserordnung waren bisher die Unteranrainer, Jordanien und die Palästinenser.

Das Wasser im Israelisch-Jordanischen Friedensvertrag

In den gegenwärtigen Nahost-Friedensverhandlungen bestand zwischen Israel und Jordanien andererseits der Vorteil, dass das Problem der Wasserverteilung losgelöst war von Grenzstreitigkeiten. Seitdem 1988 Jordanien offiziell auf seine territorialen Ansprüche über das Westjordanland zugunsten einer palästinensischen Lösung verzichtet hatte, bestanden zwischen beiden Staaten – abgesehen von einigen kleineren Landparzellen im Arava-Tal und im äussersten Norden – keine territorialen Differenzen mehr. Die Wasserverteilung bildete im Rahmen der bilateralen Verhandlungen einen der wichtigsten Streitpunkte. Sie konnte aber als solche angegangen werden, frei von weiteren politischen oder territorialen Implikationen.

Tatsächlich ist der israelisch-jordanische Wasserstreit im Friedensvertrag vom 24. Oktober 1994 beigelegt worden. Die Wasserfrage nimmt einen breiten Raum ein und gehört zu denjenigen Punkten, die am detailliertesten geregelt sind. In der Substanz wird Jordanien kurzfristig jährlich ca. 50 MKM aus Jordan und Yarmuk aus der bisherigen israelischen Quote erhalten. Dies entspricht einer Erhöhung seiner Wasserverfügbarkeit um ca. 7%. Ferner soll das Land langfristig weitere 50-100 MKM Wasser aus der gemeinsamen Erschliessung von unbenutzten und noch zu entwickelnden Ressourcen bekommen. Dies beinhaltet unter anderem Israels Einverständnis zur Errichtung eines Damms am Yarmuk, an dessen Bau Jordanien jahrzehntlang von Israel gehindert worden war.

Der Kompromiss kombiniert also eine begrenzte Umverteilung der vorhandenen Ressourcen mit der Perspektive zukünftiger Gewinne durch zwischenstaatliche Kooperation. Damit wird das für Jordanien sicherlich unbefriedigende Ergebnis bei der Verteilung kompensiert. Die Regelung schafft auch gegenseitige Abhängigkeiten. z.B. wird Jordanien den Tiberias-See als Wasserspeicher mitbenutzen, und beide Länder werden aufeinander angewiesen sein beim Bau und Betrieb von Dämmen und Anlagen, die an der gemeinsamen Grenze liegen. Als sehr nützlich haben sich in diesem Zusammenhang die multilateralen Gespräche im Rahmen der Nahostverhandlungen erwiesen. Diese bilden ein zweites Gesprächsgleich neben den bilateralen Verhandlungen und befassen sich mit funktionalen Sachthemen, unter anderem dem Wassermanagement. Die im israelisch-jordanischen Friedensvertrag vorgesehenen konkreten Projekte konnten in diesem Gremium vorgängig diskutiert und abgeklärt werden.

Das Wasser im Verhältnis zwischen Israel und den übrigen Nachbarn

Die vertragliche Festlegung der Wasserverteilung und eine Zusammenarbeit beim Wassermanagement sind der Weg, der auch zwischen Israel und den übrigen Nachbarn verfolgt werden muss. Allerdings sind die Rahmenbedingungen hier schwieriger. Sowohl im Verhältnis mit Syrien als auch mit dem Libanon ist der Streit um die Verteilung des Jordan-Wassers eng mit territorialen Konflikten verknüpft. Die zwischen Israel und Syrien umstrittenen Golan-Höhen und der israelisch besetzte «Sicherheitsstreifen» im Südlibanon

sind neben ihrer bekannten militärstrategischen Bedeutung das Quellgebiet wichtiger Zuflüsse des Jordans (s. Karte). Von manchen Autoren vertretene These vom «hydraulischen Imperativ», wonach Israel 1967 und 1982 diese Gebiete in erster Linie wegen des Wassers besetzte, ist sicherlich überzogen. Die Sicherung der Wasserquellen dürfte aber nachträglich einer der Gründe sein, weshalb Israel heute zögert, diese Gebiete wieder zu verlassen.

Noch komplexer ist der israelisch-palästinensische Wasserdisput. Die Frage der Wasser-Verteilung und der Souveränitätsrechte über die Ressourcen der besetzten Gebiete ist ein integraler Teil der Palästina-Frage, der sich kaum von den übrigen, politischen und territorialen Dimensionen trennen lässt. Konkret geht es in erster Linie um die Wasserressourcen des Westjordanlandes. In diesem vorwiegend gebirgigen Gebiet hat eine wichtige Grundwasserschicht ihren Ursprung. Auch hier muss man von einem grenzüberschreitenden fließenden Gewässer sprechen, denn die Grundwasserschicht überschreitet im Westen und Norden die Grenze und kann genauso gut vom israelischen Kernland aus angezapft werden. Beide Seiten erheben demnach berechtigterweise Ansprüche auf das Grundwasser.

Durch die Besetzung ist Israel jedoch bei der Verteilung im Vorteil. Nach der Eroberung des Westjordanlandes im Sechs-Tage-Krieg gehörte es zu den ersten Handlungen der israelischen Militärverwaltung, die Wasserressourcen unter ihre Kontrolle zu bringen. Palästinensische Gemeinden bedürfen seit 1967 zum Bau von neuen Brunnen Sondergenehmigungen. Diese werden sehr selten und nur zur Trinkwasserversorgung gewährt. Darüber hinaus sind der Tiefe palästinensischer Brunnen Grenzen gesetzt, während Mekoroth, die israelische Wasseragentur, tiefer bohren darf. Durch diese Praktiken ist der Wasserverbrauch der Palästinenser praktisch auf dem Niveau von 1967 eingefroren worden. Dadurch sorgt Israel dafür, dass der Grossteil des Grundwassers in die eigenen Brunnen jenseits der Grenze fließt. Nach offiziellen Angaben verbrauchte Israel bisher 80% des Wassers aus dieser Quelle.

Eine weitere Dimension des Konfliktes betrifft den Wasserverbrauch der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten. Die Siedler werden aus dem lokalen Grundwasser versorgt und gegenüber den Palästinensern stark bevorzugt. Insgesamt stehen über einer Million Palästinensern im Westjor-

danland 118 Millionen Kubikmeter Wasser zur Verfügung, während 140'000 Siedler ca. 50 Millionen Kubikmeter verbrauchen. Pro Kopf sind dies etwa viermal mehr als die Palästinenser. Eine Diskriminierung findet auch beim Wasserpreis statt. So verlangt Mekoroth von palästinensischen Gemeinden 1,8 israelische Shekel (ca. 0,90 US-Dollar) pro Kubikmeter, während israelische Siedlungen Wasser zu einem stark subventionierten Preis von nur 0,5 Shekel bekommen.

Neben grossen Unterschieden in der Lebensqualität hat diese Diskriminierung vor allem ökonomische und – indirekt – politische Implikationen. Als Folge der ungleichgewichtigen Wasser-Verteilung und anderer administrativer Erschwernisse konnte sich die Bewässerungswirtschaft der Palästinenser im Westjordanland seit 1967 nicht weiter entwickeln und beträgt heute nach wie vor nur 5% der gesamten Anbaufläche. Im israelischen Kernland liegt sie hingegen bei 50% und bei den Siedlern sogar bei 69%. Palästinensische Landwirte sind also durch die ungerechte Wasserverteilung stark benachteiligt. Die Aufgabe von Betrieben und der ökonomische Zwang zum Landverkauf sind häufig die Folge. Darüber hinaus ist die Landkonfiszierung durch die israelischen Behörden rechtlich einfacher, wenn der Boden un bebaut ist. Das Wasser scheint somit eine wichtige Rolle gespielt zu haben im Prozess der israelischen Aneignung und Kontrolle von palästinensischem Land.

Das Wasser in den Abkommen zwischen Israel und der PLO

Auch nach dem Durchbruch bei den Friedensverhandlungen sind in der Wasserfrage nur zaghafte Fortschritte gemacht worden. Die Grundsatz-erklärung vom September 1993 und das Abkommen über die palästinensische Autonomie in Gaza und Jericho im Mai 1994 erlaubten den Palästinensern zwar, eine eigene Wasserbehörde zu gründen. Beide Verträge schrieben jedoch den alten Verteilungsschlüssel fest. Erst das jüngste Abkommen über eine Ausweitung der Autonomie auf das Westjordanland brachte praktische Fortschritte. Für die Übergangszeit werden die Palästinenser jährlich 28,6 MKM zusätzliches Wasser zugeteilt bekommen. Ferner erhalten sie die Erlaubnis, Teile der noch ungenutzten Ressourcen im Osten Cisjordaniens zu beanspruchen. Diese östliche Grundwasserschicht ist die einzige, die keinerlei Verbindung

zum Wassersystem des israelischen Kernlandes besitzt.

Die neuen Zuteilungen werden die Wassernot in den palästinensischen Städten und Dörfern lindern. Sie lösen jedoch noch nicht den Wasserkonflikt. Die Frage der «Wasserrechte», also des letzten Besizes und der Kontrolle über das Wasser, bleibt ebenso ungeklärt wie der endgültige Verteilungsschlüssel. Israel wird nach dem jüngsten Abkommen weiterhin mehr als zwei Drittel Cisjordaniens kontrollieren und auf diesem Gebiet die Territorialrechte ausüben. Im Autonomieabkommen ist eine gemeinsame Verwaltung der Wasserressourcen vereinbart worden, was bedeutet, dass beide Seiten durch ihr Veto einseitige Veränderungen am Status quo verhindern können. Die beiden üppigeren Grundwasserschichten im Westen und Norden bleiben somit fest in israelischer Hand.

Ein weiteres, noch völlig ungelöstes Problem bildet der palästinensische Anspruch auf einen Teil des Jordan-Wassers. CisJordanien ist Anrainer des Flusses. Die Palästinenser sind jedoch bisher von dessen Nutzung ausgeschlossen gewesen. Diese Fragen sollen – ähnlich wie andere umstrittensten Punkte – erst in den Verhandlungen über den endgültigen Status der besetzten Gebiete ab Mai 1996 angegangen werden.

Die weiteren Aussichten

Im Rahmen dieser zweiten Phase der Verhandlungen wird die Wasserfrage ein nicht leicht zu lösender Streitpunkt darstellen. Neben dem eigentlichen Verteilungsdilemma ist das Problem aufs engste mit den politischen Kernpunkten des Nahost-Konfliktes verweben. Davon, ob die Palästinenser eine Autonomiekörperschaft bleiben oder einen eigenen Staat bekommen, wird abhängen, ob ihre Behörden bloss funktionale Gewalt über Menschen oder aber auch Souveränitätsrechte über öffentliches Land und natürliche Ressourcen ausüben werden. Zu letzteren gehören in erster Linie die Wasservorräte. Israel möchte die physische Kontrolle über die Quellen seiner Wasserversorgung nicht aus der Hand geben – nicht zuletzt aus Furcht, die Palästinenser könnten durch ein mangelhaftes Management die langfristige Integrität der gemeinsamen Grundwasserschicht gefährden. Dies mag einer der Gründe sein für die immer noch vorherrschende Ablehnung eines palästinensischen Staates.

Eine weitere heikle Frage betrifft die definitiven Grenzen der zukünftigen palästinensischen Einheit. Selbst jene Kräfte innerhalb der israelischen Regierung, die sich ein staatsähnliches palästinensisches Gebilde oder einen mit Jordanien konföderierten Staat vorstellen können, betonen, dass dieser nicht die gesamten besetzten Gebiete umfassen wird. Israel wird auf territorialen Kompromissen bestehen. Von israelischen Strategen des Jaffee Centers for Strategic Studies in Tel Aviv wird nebst dem Grossraum Jerusalems die Annexion eines Streifens von einigen Kilometern Breite entlang der «Grünen Linie» zwischen Israel und CisJordanien gefordert. Dort befindet sich ein Grossteil der israelischen Siedlungen. Durch ihre Annexion hofft man einerseits, das innenpolitisch brisante Siedlerproblem zu entschärfen. Andererseits liegen in diesem Gebiet die günstigsten Bohrgebiete für Brunnen. Durch die Eingliederung dieses Gebietsstreifens in das eigene Staatsterritorium will Israel auch die Verfügungsgewalt über den Löwenanteil des Grundwassers behalten.

Die Regelung der Wasserfrage wird letztlich stark von der Lösung der politischen Streitpunkte abhängen. Eine Linderung der hydrologischen Krise könnte jedoch helfen, den Streitpunkt Wasser zu entschärfen und eines der Hindernisse für einen politischen Kompromiss auszuräumen. Im Gespräch sind regionale Projekte zur Erhöhung des Angebotes durch den Import türkischen oder libanesischen Wassers oder den Bau von Meerentsalzungsanlagen. Dabei handelt es sich jedoch um sehr teure und ökologisch bedenkliche Projekte, die auf absehbare Zeit kaum wirtschaftlich rentabel sein werden. So liegen z.B. die Kosten der Meerentsalzung immer noch bei über einem Dollar pro Kubikmeter, ein Preis, bei dem sich der Einsatz zu Bewässerungszwecken bei keinem landwirtschaftlichen Produkt lohnt (Man bedenke, dass man mit einem Kubikmeter Wasser gerade zwei Kilo Orangen züchten kann).

Grösseren Erfolg versprechen Anstrengungen zur effizienteren Nutzung bestehender Ressourcen, das Recycling von kommunalen Abwässern und langfristige eine Struktur Anpassung, welche den wasserintensiven landwirtschaftlichen Sektor redimensioniert. In Israel z.B. werden immer noch fast 70% des Wassers im Agrarsektor verbraucht. Dieser hohe Anteil erscheint stark überzogen, wenn man berücksichtigt, dass die Landwirtschaft nur noch 3% des israelischen Bruttosozialprodukts und 4% der Beschäftigung ausmacht. Eine allmähliche

Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktion – und des dafür nötigen Wassers – zu den palästinensischen Bauern wird auch von liberalen israelischen Ökonomen gefordert. Sie würde den Verteilungskonflikt lösen und zugleich in der West Bank und im Gaza-Streifen Arbeitsplätze schaffen, die für den Erfolg der Autonomie und später ggf. eines eigenen palästinensischen Staates so dringend nötig sind. ♦

Der Text stellt die überarbeitete Fassung eines Vortrags dar, den der Autor in der von der SGMOIK organisierten Reihe «Frieden in Nahost – jenseits tagespolitischer Dimensionen» (Januar/Februar 1995) hielt.

Weiterführende Literatur (Auswahl neuerer Titel)

Brooks, David B.; Lonergan, Stephen C.

Watershed: The Role of Fresh Water in the Israeli-Palestinian Conflict.

International Development Research Centre, Ottawa 1994.

Dombrowsky, Ines

Wasserprobleme im Jordanbecken: Perspektiven einer gerechten und nachhaltigen Nutzung internationaler Ressourcen.
Frankfurt/M 1995.

Kliot, Nurit

Water Resources and Conflict in the Middle East.
London, New York 1994.

Libiszewski, Stephan

The Water Disputes in the Jordan Basin Region and their Role in the Resolution of the Arab-Israeli Conflict.

ENCOP Occasional Paper.
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich/Schweizerische Friedensstiftung Bern, Zürich/Bern 1995.

ders.

Das Wasser im Nahost-Friedensprozess. Konfliktstrukturen und bisherige Vertragswerke unter wasserpolitischer Perspektive.
In: Orient, Jg. 36, No. 4 (im Druck).

Lowi, Miriam R.

Water and Power. The Politics of a Scarce Resource in the Jordan River Basin.
Cambridge 1993.

Schiffler, Manuel

Wasserkrise zwischen Israel und seinen Nachbarn. Konfliktpotential und Lösungsmöglichkeiten.
In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 11/1995, S. 13-21.

Wolf, Aaron T.

Hydropolitics along the Jordan River.
Tokyo 1995.

Résumé

Le rôle de l'eau pour la paix dans le Moyen Orient

La question de l'eau est depuis longtemps une source inquiétante de conflits possibles au Moyen Orient, et qui risque d'avoir des conséquences négatives dans cette région stratégique sensible. Paradoxalement, et alors que d'autres phénomènes politiques rencontrent un grand intérêt et trouve une large place dans la presse, cette question est peu traitée dans les médias.

Ainsi, l'accord israélo-jordanien de 1994, important par ses conséquences, prévoit une solution au problème de l'eau qui peut avoir des effets sur les relations israélo-palestiniennes. L'auteur étudie donc les différents aspects de ce problème et analyse les accords conclus en mettant en perspective les solutions possibles.